

Jahresbericht 2012



Inhalt

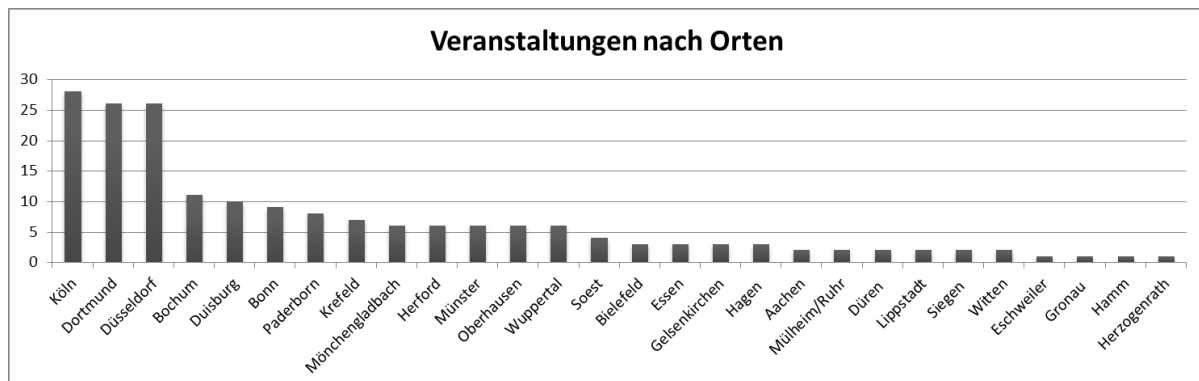
1. Rahmenbedingungen unserer Bildungsarbeit	S.2
1.1. Ehrenamtliches Engagement und Kooperation	
1.2. Finanzierung und personelle Situation im Büro	S.4
1.3. Vorstand und Beirat	
2. Bildungsarbeit in 2012	S.5
2.1. Lebendige Demokratie / Partizipation / Medienkompetenz	S.6
2.2. Rassismus und Neonazismus als Gefahren für die Demokratie	S.7
2.3. Veränderungen der Lebenswelten und ihre polit. Implikationen	
2.3.a. <i>Symposium „Fußball.Macht.Politik.“</i>	S.8
2.4. Lebenslanges Lernen: Schul- und Bildungspolitik	
2.4.a. <i>Konferenz „Zwischen Resignation und Revolte - Soziale Lage und politisches Bewusstsein von Studierenden“</i>	S.9
2.5. Menschenrechte / Politische Kultur / Geschichtspolitiken	S.10
- Geschlechterverhältnisse / Reihe Genderwerkstatt	
- Geschichte erinnern, aus der Geschichte lernen	S.11
- Engagierte Kunst	S.12
2.6. Zuwanderung / Migration	S.13
2.7. Internationale Politik	
2.7.a. <i>Empowerment-Strategien westafrikanischer Frauen</i>	S.14
2.7.b. <i>20 Jahre Europäische Sicherheitspolitik</i>	S.15
2.8. Globalisierung – Marktwirtschaft – Sozialpolitik	S.17
2.8.a. <i>Konferenz «Europa neu begründen»</i>	S.18
2.9. Klimawandel und Entwicklung – lokale und globale Handlungsperspektiven	
- Energiepolitik nach Fukushima: Die Energiewende	
- Umwelt- und Klimapolitik als Anfragen an eine sozial-ökologische Transformation	S.19
3. Publikationen	S.21
4. Weiterentwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit	
5. Statistik	S.22
4.1. Themen und Formate	
4.2. Geschlechterverhältnis	S.23
4.3. Altersstruktur	S.25

1. Rahmenbedingungen unserer Bildungsarbeit

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW versteht sich als Forum für vielfältige linke Initiativen, Bewegungen und Denkrichtungen. Wir wollen mit unseren Bildungsangeboten Diskussionsforen für die Entwicklung linker Alternativen schaffen, kulturreichen Meinungsstreit fördern und zur Entwicklung einer humanen und solidarischen Gesellschaft beitragen.

1.1. Ehrenamtliches Engagement und Kooperation

Dank unserer in Rosa-Luxemburg-Clubs und -Gesprächskreisen ehrenamtlich Aktiven waren wir auch 2012 in der Lage, in der gesamten Fläche Nordrhein-Westfalens, so z.B. in Bielefeld, Bochum, Duisburg, Soest, Lippstadt, Herford, Köln, Krefeld, Mönchengladbach, Gelsenkirchen, Oberhausen, Paderborn und Wuppertal ein thematisch breit gefächertes Bildungsangebot mit festen Veranstaltungsorten und unterschiedlichen Formaten zu realisieren. Neu hinzugekommene Aktive engagieren sich im RLC Hagen, der nun als RLC HAGEN (Hagen/ Ennepe-Ruhr) e.V. firmiert und Veranstaltungen auch in Witten organisiert. Lokale Schwerpunkte unseres Bildungsprogramms lagen wie schon in früheren Jahren in den größten Städten Köln, Dortmund und Düsseldorf.



Gemeinsam mit der Landesstiftung kümmerten sich unsere ehrenamtlich aktiven Kooperationspartner_innen um die Organisation und die Bewerbung, sie leiteten bzw. moderierten fachkundig die Veranstaltungsvor Ort und evaluierten sie im Anschluss.

Zusätzlich arbeiten wir mit einem breiten Netz an Kooperationspartner_innen zusammen.

Dazu zählten auch in 2012 Gewerkschaften (u.a. Gliederungen von ver.di und IG-Metall, IG Bau, GEW, DGB, DGB-Jugend Dortmund), verschiedene Allgemeine Studierendenausschüsse und universitäre Fachbereiche (AStEN der Uni Paderborn, Bonn und Köln).

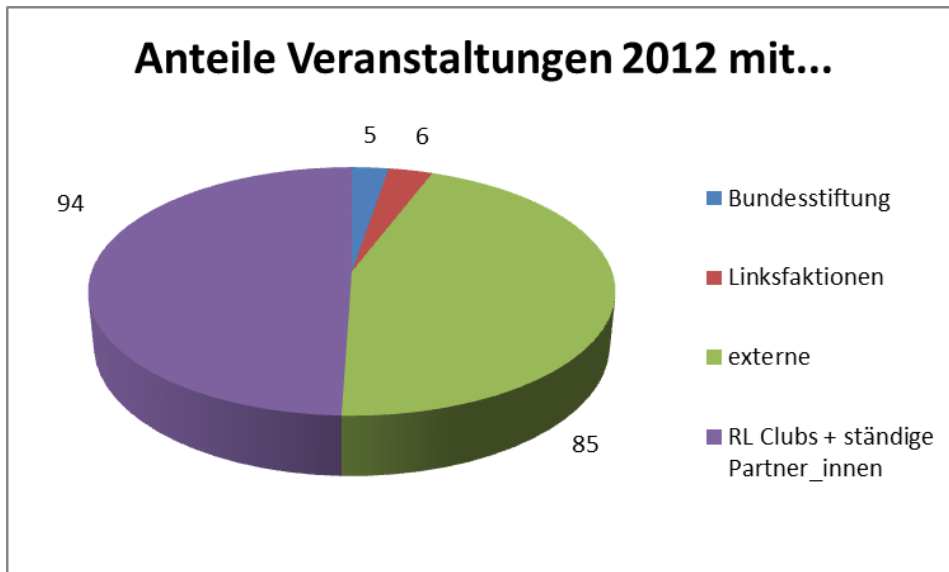
Die Zusammenarbeit mit den Fraktionen DIE LINKE im Lande ist für das Jahr 2012 mit fünf Kooperationen relativ übersichtlich darzustellen. Bedingt durch die überraschende Neuwahl im Monat Mai und dem Nicht-Wiedereinzug in den Landtag entfiel ein wichtiger Kooperationspartner auf Landesebene. Dies ist als gravierende Lücke für die landesweite Betätigung zu bewerten.

So konnte etwa die begonnene Zusammenarbeit im Bereich der Energiepolitik, die mit der gemeinsamen Vergabe der Studie zur STEAG: „Perspektiven als kommunales Energieunternehmen im Kontext der Energiewende“ und dem Expert_innenhearing im Landtag startete, nicht weiter intensiviert werden.

Auf kommunaler Ebene lässt sich diese Lücke nur schwer schließen. In Bonn, Köln, Düsseldorf und Aachen führten wir gemeinsam mit den dortigen Ratsfraktionen gemeinsame Veranstaltungen durch zu den Themen „Moses Hess“, „Sozialökologische Stadtentwicklung – Stadt unter Strom“ sowie „Oper für Köln – Welche und warum?“. In dieser Veranstaltung ging es unter anderem um folgende Fragen: Hat die Oper eine Bedeutung für die Stadtgesellschaft und, wenn ja, welche? Was ist gute Oper und wie ist sie möglich in Zeiten knapper Kassen? Der als landesweite Reihe konzipierte „Kulturpolitische Dialog“ zur Situation von Künstler_innen und kommunaler Kulturpolitik startete erfolgversprechend in Aachen, konnte dann aber wegen der fehlenden parlamentarischen Unterstützung auf Landesebene nicht fortgesetzt werden.

Wir kooperierten mit verschiedenen Organisationen und Vereinen aus sozialen Bewegungen, so zum Beispiel, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Antifa- und AntiRa-Gruppen (Courage e.V., Bildungsforum Rheinland, Antirassistische Perspektive Mülheim, Duisburger Netzwerk gegen Rechts, Antifacamp Dortmund, Gliederungen der VVN-BdA, Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten u.a.),
- globalisierungskritische Zusammenhänge (attac),
- internationalistisch bzw. entwicklungspolitisch arbeitende Gruppen (u.a. alerta Düsseldorf, Informationsstelle Lateinamerika, bodenlos, Mexicogruppe im Welthaus Bielefeld, Gruppe Basta, Allerweltskino e.V. Köln, diverse Organisationen der Nicaragua-Solidarität),
- Migrant_innenvereine (KURD-AKAD, Griechischer Kulturverein Dortmund, agisra e.V., Alevitische Gemeinde NRW, Die Gaste, Flüchtlingsrat NRW, Bundesverband der Migrantinnen),
- Kunst- und Kulturinitiativen (z.B. VEB Politik, Kunst und Unterhaltung in Siegen, caira Bielefeld, Die Linse e.V., Bahnhof Langendreer, Vringstreff Köln, Aura09, Mosaik e.V., Heinrich-Heine-Salon, komma! und ZAKK Düsseldorf)
- Feministische Gruppen wie die Gruppe F, das together-Festival, Wir Frauen e.V., Frauenarchiv Auszeiten, Queer Culture Bonn, RiotSkirts, Gruppe feministischer Frauen Dortmund
- Weitere Verbände und Initiativen wie die Vereinigung Demokratischer JuristInnen, Werkstatt für Aktionen und Alternativen Düren, FAU/IAA Bonn, Salz e.V., MASCH Essen, Planerladen e.V., Freiraum Initiative Münster, Bund Deutscher PfadfinderInnen Paderborn, Kölner Domforum, BaSo, Friedensforum Duisburg, Friedenskultur.2012, Jüdische Gemeinde, Mahn- und Gedenkstätten Düsseldorf



1.2. Finanzierung und personelle Situation im Büro

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V. hat auch in 2012 Aufgaben der bundesweiten politischen Bildung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin wahrgenommen und dafür Globalmittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingesetzt. In 2011 wurde die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW zudem in den Kreis der vom Land geförderten parteinahen Stiftungen aufgenommen und erhielt in 2012 zur Durchführung der Bildungsarbeit Landesmittel in Höhe von 222.944 €. 2011 war als weiterer pädagogischer Mitarbeiter in Teilzeit Kristofer Lengert eingestellt und die Stelle des Buchhalters Jochen Wutzler auf 26 Wochenarbeitsstunden aufgestockt worden.

Nachdem die LINKE bei den vorgezogenen Landtagswahlen ihre Repräsentanz im Landtag verloren hatte, war die Landesförderung für 2013 offen. Kristofer Lengert bewarb sich vor diesem Hintergrund erfolgreich für eine andere Anstellung und verließ die RLS bereits Mitte September 2012. Kurzfristig übernahm Susanne Kleinfeld aus dem Landesvorstand bis einschließlich März 2013 die nun vakanten Aufgaben.

Da im Haushaltsentwurf 2013 für die RLS NRW 111.472 € vorgesehen sind und das damit verbundene Antrags- und Dokumentationswesen erhebliche Kapazitäten bindet, wird Susanne Kleinfeld bis Ende 2013 mit einer 25%-Stelle für das Büro tätig sein. Ihr Vorstandsmandat ruht für diese Zeit. Die Buchhaltung wird weiterhin von Jochen Wutzler mit einer Zwei-Drittel-Stelle bearbeitet. Nach wie vor übernimmt Melanie Stitz die Aufgaben der Büroleitung, Rainer Nickel die der stellvertretenden Büroleitung.

1.3. Vorstand und Beirat

Aus dem Vorstand verabschiedet wurde in 2012 nach langjähriger Vorstandstätigkeit Peeter Raane. Zum neuen Vorsitzenden wurde Karl-Heinz Heinemann gewählt. Iris Bernert-Leushacke bekleidet das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden, Ulrike Detjen fungiert nach wie vor als Schatzmeisterin. Erneut gewählt wurden Dr. Gabriele

Nintemann, Jonas Bens, Daniela Glagla, Antonia Kühn und Güldane Tokyürek, neu hinzu kam Norbert Müller (ehemals Beirat).

Neu bzw. wieder in den Beirat berufen wurden Prof. Dr. Clemens Knobloch (Vorsitzender), Cornelia Swillus-Knöchel (stv. Vorsitzende), Udo Achten, Erika Feyerabend, Prof. Dr. Andreas Fisahn, Dr. Joachim Hetscher, Dr. Margarete Jäger, Dr. Christoph Jünke, Gerhard Klas, Jürgen Klute, Daniel Kreutz, Dr. Steffen Lehndorff, Monika Lent-Öztürk (trat Anfang 2013 zurück), Prof. Dr. Karoline Noack, Dr. Paul Oehlke, Peeter Raane, Katharina Sass, Monika Schierenberg, Prof. Dr. jur. Helga Spindler, Prof. Dr. Susanne Spindler, Brigitte Stelze, Dr. Mechthilde Vahsen.

2. Bildungsarbeit in 2012

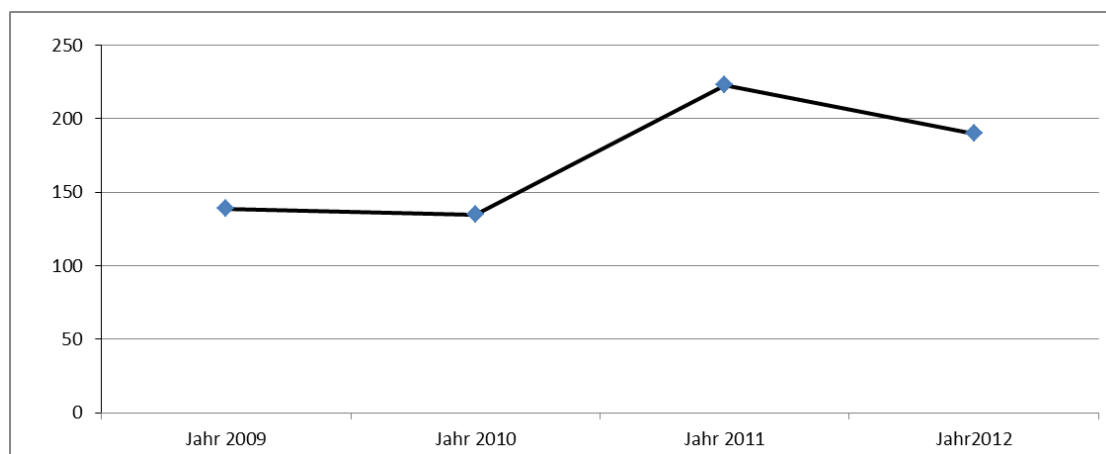
Unser Veranstaltungsprogramm zielt darauf ab,

- den Teilnehmer_innen Möglichkeiten zu eröffnen, sich über sozioökonomische, historische und gesellschaftspolitische Sichtweisen und Zusammenhänge zu informieren und politische Sachverhalte besser beurteilen zu können;
- gesellschaftliche Debatten zu fundieren und zu versachlichen und die Teilnehmenden bei ihrer Meinungsbildung zu gesellschaftlichen und politischen Fragen zu unterstützen;
- die Teilnehmenden zu befähigen, politisch an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben und die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten im eigenen Lebensumfeld, im ehrenamtlichen und politischen Engagement einzusetzen;
- die Teilnehmenden zu ermutigen, sich fragend, positionierend, kritisch und gestaltend in politischen Fragen zu engagieren und in diesem Sinne ihre Handlungsorientierung, Dialogfähigkeit, Partizipativität und Verantwortungsbewusstsein zu fördern.

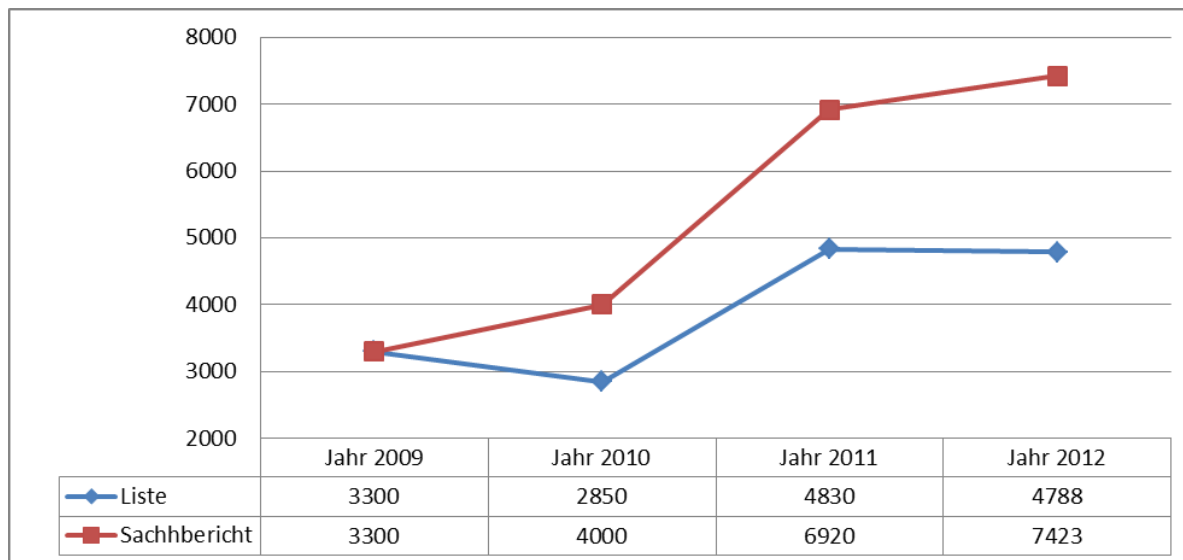
5

Unsere Veranstaltungen vermitteln stets: Politik wird von Menschen gemacht. Ein lebendiges Gemeinwesen lebt vom Engagement aller bzw. vieler, im Alltag, mit und ohne Mandat.

Mit dieser Zielsetzung führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW im Jahr 2012 insgesamt 190 Veranstaltungen zur politischen Bildung durch (in 2011 waren es 223).



Dennoch haben sich die Teilnehmer_innenzahlen laut Sachberichten, sprich Aussagen der Veranstaltungsleiter_innen vor Ort, um ca. 500 Personen auf 7423 erhöht. In 2012 trugen sich knapp 4.790 Teilnehmende in unsere Listen ein und damit weniger als im Vorjahr. Eine mögliche Erklärung für diese scheinbar paradoxe Entwicklung: Zwar haben wir in 2012 weniger Veranstaltungen durchgeführt, darunter waren aber allein 16 mit über 100 Teilnehmenden (Konferenzen, Workshops, Theaterprojekte).



Unser komplettes Programm in 2012 ist im Veranstaltungsarchiv auf unserer Website www.rls-nrw.de dokumentiert. Auch Berichte und Video-Mitschnitte sind dort zu finden. Im Folgenden werden zusammenfassend und Schwerpunkte setzend exemplarisch lediglich einige Veranstaltungen und Reihen kommentierend erwähnt.

6

2.1. Lebendige Demokratie / Partizipation / Medienkompetenz

In 2012 diskutierten wir in verschiedenen Veranstaltungen über die Bedeutung der Piraten-Partei, über Profil, Perspektiven und programmatische Entwicklungen der Partei DIE LINKE – insbesondere nach der Landtagswahl NRW – sowie generell das Verhältnis von parlamentarischer zu außerparlamentarischer Arbeit. Wie können Linke, Gewerkschaften und soziale Bewegungen zusammen arbeiten? Welche Perspektive haben sogenannte cross-over-Ansätze und –Bündnisse („Gemeinsam die Gesellschaft umbauen: ausgeträumt oder jetzt erst recht?“). Braucht die Linke noch die LINKE? Linke Parteien in der Mehrheit – was machen sie daraus? – so die Titel einiger unserer Veranstaltungen zum Themenfeld.

Perspektiven der Demokratie bzw. ihre Krise diskutierten wir im Kontext u.a. der Arbeiten von Colin Crouch zu „Postdemokratie“ und der Ausgrenzung bzw. erschwerten gesellschaftlichen Teilhabe durch Armut.

Teilnehmende unserer Veranstaltungen übten sich in Fragen kritischer Medienrezeption und fragten nach Grenzen und Möglichkeiten von Gegenöffentlichkeit. So analysierten wir anlässlich des 100. Jahrestages des Titanic-Unglück die Bedeutung und Funktion von „Katastrophenjournalismus“. Die Auseinandersetzung mit dem Film „Sachamanta“ über Community-Radios in

Argentinien sensibilisierte die Teilnehmenden für die Bedeutung von Basismedien für ein demokratisches und lebendiges Gemeinwesen.

2.2. Rassismus und Neonazismus als Gefahren für die Demokratie

Wie auch in früheren Jahren stellten die Themenfelder Neonazismus und Rassismus einen deutlichen Schwerpunkt unserer Bildungsarbeit dar. Leitfragen waren:

- Welche Gefahren gehen von neonazistischen Strukturen und Akteuren für ein demokratisches Gemeinwesen aus?
- Wie kann verhindert werden, dass rechtsextreme Organisationen und entsprechendes Gedankengut weiter erstarken?
- Welche gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen nähren das Syndrom der Menschenfeindlichkeit?
- Welche Möglichkeiten gibt es, sich individuell und gemeinsam mit anderen für ein demokratisches Gemeinwesen und die gleichberechtigte Partizipation aller Bürger_innen und Bürger, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Alter, Religion, Geschlecht oder körperlichen Möglichkeiten, zu engagieren?

Wir diskutierten am Beispiel der EDL (English Defence League) über die Bedeutung der Islamfeindlichkeit für die Neue Rechte. In Kooperation mit dem Jugendclub Courage und anderen Partnern setzten wir in Köln die Reihe zur extremen Rechten in Europa fort und widmeten uns dem Rechtspopulismus in Skandinavien. Im Bochumer Rosa-Luxemburg-Club sprach Prof. Dr. Karin Priester über Rechtspopulismus in Europa.

Dortmund galt und gilt als Hochburg der „Autonomen Nationalisten“. Jährlich seit über zehn Jahren rufen Neonazis zum „Nationalen Antikriegstag“ rund um den 1. September auf. Dagegen organisiert sich zunehmend Widerstand. In Kooperation mit dem Antifacamp Dortmund realisierten wir Workshops zu Neonazismus zwischen Terror, Wahlen und Eventkultur, zu Rassismus in den Fußball-Fanszenen sowie zu Antifa und Feminismus.

Anlässlich der vom NSU verübten Mordserie widmeten wir uns kritisch dem Versagen der Geheimdienste und diskutierten u.a. mit Markus Bernhardt über „Das braune Netz“. Ob und inwiefern die sogenannte „Extremismusklausel“ dem Schutz der Demokratie dient oder insbesondere linkes demokratisches Engagement sanktioniert, diskutierten wir ebenfalls kontrovers.

2.3. Veränderungen der Lebenswelten und ihre politischen Implikationen

Anknüpfend an die Themenlinie Strukturwandel in NRW, Gentrifizierung/ Stadtentwicklung/ Wohnungspolitik fragten wir in mehreren Veranstaltungen unter Leitung von Dr. Stefan Hochstadt „Wem gehört die Stadt?“. Ferner beschäftigten uns mit umstrittenen Bauvorhaben in Duisburg und Gentrifizierungsprojekten in Münster.

Die in 2011 begonnene Kooperation mit die Linse e.V. Münster - eine Film- und Diskussionsreihe mit dem Titel „prekäre Lebenswelten“ – setzten wir in 2012 fort (siehe Jahresbericht 2011). In mehreren Veranstaltungen dienten jeweils ein Film und ein soziologischer Vortrag zum Einstieg in die Diskussion, z.B. über „das Elend des Humankapitals“ oder Armut in der Nachkriegszeit.

2.3.a. Symposium „Fußball.Macht.Politik.“

Etwa 100 Teilnehmer_innen richteten Mitte Oktober einen kritischen Blick auf die sozialen, (macht-)politischen, diskursiven und mythischen Strukturen von Fußball. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Altamerikanistik der Universität Bonn veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW ein zweitägiges Symposium unter dem Titel „Fußball.Macht.Politik.“.

Hierbei standen interdisziplinäre Vorträge aus verschiedenen Wissenschaften im Vordergrund, die jedoch allen am Thema Interessierten zugänglich waren. Mit neun Referentinnen diskutierten die Teilnehmer_innen über die sozialen, (macht-)politischen, diskursiven und mythischen Strukturen des populären Sports. Eingerahmt wurden die zwei Tage durch ethno-historische Betrachtungen von Dr. Kerstin Nowack und Prof. Nikolai Grube von der Universität Bonn über Ballsport in antiken indigenen Gesellschaften Mittel- und Südamerikas. Phillip Dezort (Bonn) spürte den unterschiedlichen Fankulturen im Männer- und Frauenfußball nach und Simone Schöndorfer (Salzburg) analysierte die mediale Repräsentation von Frauen während der WM 2011. Der Vortrag der Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Kerstin Lopatta (Oldenburg) richtete den Fokus darauf, wie Fußballvereine als Akteure am Finanzmarkt agieren. Dr. Juliane Müller aus München sprach über die integrative Funktion von Fußball in migrantischen Communities in spanischen Städten, während der Kölner Soziologe Oliver Fürtjes den Mythos des Fußball als „Proletariersport“ unter die Lupe nahm. Einen Höhepunkt bildete der Vortrag des Sportjournalisten Andreas Rüttenauer (taz, Berlin), der einen Streifzug durch Patronage und Korruption im deutschen Profifußball unternahm. Auch das Rahmenprogramm war am Tagungsthema orientiert: am Freitagabend wurde eine Filmstudie über einen Verein in der zweiten Liga und seine Bedeutung für die lokale Bevölkerung vorgeführt. Samstags sorgte der Bonner Fußballjongleur Jacek für eine unterhaltsame Mittagspause.

8

Die angeregten Diskussionen nach den Vorträgen und die verschiedenen Positionen, die gegenüber dem Tagungsthema „Fußball“ eingenommen wurden, zeigten deutlich, dass die Verbindung von populären Phänomenen mit politischen Analysen einen guten Zugang zu einem sehr diversen Publikum bildete. Auf unserer Website sind Fotos und ein Film zum Symposium sowie Video-Statements der Referent_innen zu finden.

2.4. Lebenslanges Lernen: Schul- und Bildungspolitik

Im Rahmen des 2. Schülervertretungstages (SV-Tag) in der StädteRegion Aachen organisierten wir gemeinsam und mit positiver Resonanz einen Rhetorik-Workshop für Schülervertreter_innen.

Wir unterstützten das zweisprachige Symposium der "Initiative zur Förderung von Sprache und Bildung e.V.- Die Gäste", das am 6. Oktober an der Universität Duisburg/Essen stattfand. Diskutiert und vertieft wurden sprach-, bildungs- und migrationsspezifische Befunde zu Migration und Spracherwerb sowie bildungs- und integrationspolitische Reformansätze. Dabei ging es um

- historische Besonderheiten des deutschen Schulsystems und sein Wandel unter Migrationsbedingungen; die Gleichheitsfrage in der Bildung

- internationale Mehrsprachigkeitsforschung und Desiderate; theoretische und praktische Ansätze zur Lösung von migrantischen Sprachproblemen, Erscheinungsformen und Dimensionen der „Spracherwerbsdefizite“ und „Chancenungleichheit“ in Deutschland; Resultate und Folgen der Praxis
- Integrationskonzepte aus wissenschaftlicher Perspektive: Praktiken, Auswirkungen und Paradigmenwechsel, die sich in Begriffen wie Integration, Inklusion, Multikultur, Leitkultur u.ä. widerspiegeln; Einflüsse der Integrationspolitik auf Bildung und Gesellschaft.

2.4.a. Konferenz „Zwischen Resignation und Revolte - Soziale Lage und politisches Bewusstsein von Studierenden“

Am 21. April 2012 führten wir zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund NRW, dem AStA der Universität Köln, dem Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) und dem freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) die Konferenz „Zwischen Resignation und Revolte - Soziale Lage und politisches Bewusstsein von Studierenden“ durch.

Etwa 100 Besucher_innen diskutierten die Situation von Studierenden unter den Bedingungen von Bachelor und Master nach der Bolognaform: Haben Studierende noch Zeit und Interesse, über den Tellerrand ihrer Studienverpflichtungen zu blicken, sich um die Inhalte ihrer Wissenschaft und ihren Nutzen oder Schaden für die Gesellschaft zu kümmern? Können und wollen Studierende sich engagieren, wenn es um soziale und politische Ungerechtigkeiten geht, hierzulande und anderswo? Kurz: Wie entwickelt sich studentisches Bewusstsein unter den Bedingungen von Bolognaform und „Massenstudium“ einerseits und der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und der Finanzkrise andererseits?

„Wir Studierenden wollen den Zeit- und Leistungsdruck der Bolognaform nicht mehr hinnehmen“, so Luisa Schwab, AStA-Vorsitzende der Universität Köln. „Wir brauchen bessere Studienbedingungen und Zeit, um uns mit politischen und wissenschaftlichen Fragen kritisch auseinandersetzen zu können.“ Während Tino Bargel ein schwindendes Interesse heutiger Studierender an der Politik feststellte, entgegnete Margarethe Bülow-Schramm, dass sich im Zuge der verschärften Bedingungen durch Bachelor und Master auch wieder ein Bewusstsein für die politischen Probleme jenseits der persönlichen Verantwortung herausbilde. Leonor Abujatum gab direkt ein praktisches Beispiel studentischen politischen Engagements aus Lateinamerika: in ihrem Vortrag betonte sie die wichtige Rolle der Studierenden und Schüler_innen in den allgemeinen Protesten gegen den sozialen Rückbau des Staates in Chile.

Wolfgang Neef von der TU Berlin analysierte seine Erfahrungen aus dem Seminar zur „Soziologie des Ingenieurberufs“, das er dort seit über 30 Jahren abhält. Seine Ergebnisse waren auch daher besonders interessant, da es sich bei den Ingenieurwissenschaften nicht um eines der klassischen Fächer von studentischem Engagement handelt. Er schloss sich der These Bülow-Schramms an, dass sich unter den momentanen Bedingungen durchaus ein Verantwortungsbewusstsein der Studierenden durch die Erkenntnis der persönlichen Verstrickung in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen herausbilde. Der letzte Vortrag von Andreas Kemper beschäftigte sich mit den immer noch bestehenden Hürden von Arbeiter_innenkindern beim Zugang zum Studium, die sich - trotz zunehmender

Studierendenzahlen - nicht unbedingt verringert haben. Seine Analyse verschränkte dabei auch Geschlecht und Herkunft mit Klasse.

Rege Diskussionen mit dem Publikum und die Vielfalt der Perspektiven, zeigten, dass die Frage nach „Resignation oder Revolte?“ sich nicht an eine homogene Gruppe von Studierenden richtet, sondern vielmehr die Heterogenität und die Differenzen innerhalb der Studierendenschaft berücksichtigt werden müssen, um sie sinnvoll stellen zu können.

2.5. Menschenrechte / Politische Kultur / Geschichtspolitik

Geschlechterverhältnisse / Reihe Genderwerkstatt

Im Rahmen der Reihe Genderwerkstatt beteiligten wir uns mit etlichen Workshops am togetherfestigress in Düsseldorf, einer (queer-)feministischen mehrtägigen Konferenz rund um die Themen Geschlechterverhältnisse, „Gendertrouble“ und Intersektionalität. In den von uns mitveranstalteten Workshops ging es mit Helga Hansen um feministischen Aktivismus im Internet („Von Austausch bis Shitstorm“), Dr. Friederike Habermann referierte über die Verbindung von Rassismus, Sexismus und Kapitalismus. Mit der Journalistin und Bloggerin KübraGümüşay wurde angeregt und sehr kontrovers über Feminismus und Islam diskutiert („Radikal-feministische Muslime“).

Mit der Werkstatt für Aktionen und Alternativen in Düren veranstalteten wir einen Workshop zu Genderrollen und ihrer Dekonstruktion. in Krefeld referierte Antje Schrupp über feministische Sozialistinnen im 19. Jahrhundert, Dagmar Stuckmann stellte ihre Forschungsergebnisse zur Geschichte des internationalen Frauentages vor. Dr. Christiane Leidinger stellte mit Emma Trosse (1863-1949), verheiratete Külz, im Bochumer AusZeiten Archiv eine Vorreiterin homosexuell-emanzipatorischer Publizistik vor.

In 2011 hatten wir unter der Leitung von Dr. Florence Hervé einen Lesekurs zu Clara Zetkin begonnen, den wir zu Simone de Beauvoir fortsetzten. Der Kurs zeichnete sich durch eine intensive Auseinandersetzung aus. An den einzelnen Treffen nahmen jeweils 5- 12 Frauen teil, mitunter auch ein oder zwei Männer. Es entstand eine Art „Kerngruppe“, zudem nahmen bei den meisten Sitzungen auch Frauen nur für das eine Mal teil, weil sie eine regelmäßige Teilnahme nicht einrichten konnten oder sich speziell für den in dieser Sitzung behandelten Text interessierten. Das Konzept des Kurses (vorbereitende Lektüre ist möglich und hilfreich, ausgewählte Passagen werden aber zudem noch im Kurs gemeinsam gelesen), ermöglichte die Teilnahme auch bei unterschiedlichem Vorbereitungsgrad.

Seit Herbst 2012 knüpfen wir mit einem Lektürekurs „Klassikerinnen der Frauenbewegung“ an das bewährte Format an und erarbeiten Texte u.a. von Olympe de Gouges, Flora Tristan, Louise Otto-Peters, Hedwig Dohm , Alexandra Kollontai, Rosanna Rosanda, Frigga Haug, Nancy Fraser und Judith Butler...

Der Kurs wird nun geleitet von Dr. Florence Hervé und Katharina Volk, die zu Beginn jeder Sitzung eine Einführung zum Text, zur Autorin, zum geschichtlichen Kontext und zum damaligen Stand der Debatte geben. Es werden ausgewählte Passagen gemeinsam gelesen und historisch-kritisch diskutiert.

Diskutiert werden u. a. grundlegende Kontroversen feministischer Theorie und Praxis:

- Gleichheit oder Differenz, Essentialismus oder soziale Konstruktion
- Bürgerliche vs. Proletarische Frauenbewegung
- Das schwierige Verhältnis zwischen „Gender“ und „Feminismus“
- Wo setzen wir den Hebel an: Ökonomie oder Kultur?
- Wie bewerten wir soziale und technologische Entwicklungen, z.B. Informations- und Reproduktionstechnologien?
- Mit Blick in die Geschichte der Bewegung: Inwiefern sind „Siege“ stets auch „Niederlagen“ und umgekehrt?

Derzeit werden im Kurs Ideen für die Weiterführung der Reihe gesammelt.

Geschichte erinnern, aus der Geschichte lernen

Im Rahmen einer Vielzahl von Veranstaltungen setzten wir uns mit den Verbrechen der NS-Zeit auseinander.

In 2011 förderten wir die von Dr. Florence Hervé und MareenHeying überarbeitete Neuauflage der Broschüre: „Frauen im Widerstand 1933 bis 1945 - Düsseldorf“, die in 2012 erschien. In zahlreichen Veranstaltungen wurde die Broschüre vorgestellt und diskutiert. Wir befassten uns mit Jüdischem Leben in Paderborn, mit der Geschichte des Soester Bahnhofs als Umschlagplatz für die Opfer des Dritten Reichs und mit dem „braunen Erbe“ des Düsseldorfer Landtags.

Wir unterstützten die Aufführung des Jugendtheaterstücks „ÜBERdasLEBEN“, das die Geschichten in der NS-Zeit widerständiger Jugendlicher zum Thema macht und die Frage stellt, wie lebendige Auseinandersetzung weiterhin stattfinden kann, wenn die Zeitzeug_innennicht mehr am Leben sind. Die Veranstaltungen bestanden aus der Aufführung der Jugendtheaterproduktion „ÜBERdasLEBEN oder meine Geburtstage mit dem Führer“ und aus einer im Anschluss breit angelegten Diskussionsrunde.

11

In Duisburg unterstützen wir in Kooperation mit dem Duisburger Friedensforum die Aufführung und anschließende Diskussion des Theaterstücks „Die Weißen kommen“, das sich mit der deutscher Kolonialgeschichte auseinandersetzt.

Ferner beteiligten wir uns am Begleitprogramm zur Ausstellung „Betrifft: Aktion 3“, in der NS-Originalakten aus Düsseldorf und Köln gezeigt wurden.

Unter der Tarnbezeichnung „Aktion 3“ gab das Reichsfinanzministerium 1941 Anweisungen heraus, wie bei der Deportation der deutschen Juden und Jüdinnen deren Vermögen einzuziehen sei: Bis auf einen Betrag von 100 Reichsmark und 50 kg Gepäck solle das Vermögen der Deportierten eingezogen werden. Der Vermögensentzug und die Verwertung erfolgten in enger Zusammenarbeit von Finanzbeamten mit der Gestapo und unter Mitwirkung von Stadtverwaltungen, Hausverwaltern, Gerichtsvollziehern, Bankangestellten, Auktionatoren und Spediteuren. Die durch die „Aktion 3“ erzielten Einnahmen werden auf rund 778 Millionen Reichsmark beziffert.

In 2012 lag der Film „Verboten –verfolgt –vergessen“ von Daniel Burkholz vor, dessen Realisierung wir in 2011 unterstützt hatten. In dem Film berichten

Zeitzeug_innen von der politischen Verfolgung, die sie als Friedensaktivist_innen in der BRD während des Kalten Krieges unter der Bundesregierung Adenauers erlitten hatten. Ungefähr 200.000 Menschen wurden in dieser Zeit politisch verfolgt und ca. 10.000 von ihnen zu teils langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Oftmals wurde ihre Existenz zerstört.

Deutlich wurde: Der Film bedarf der Begleitung durch eine historisch-versierte Moderation, welche Hintergrundinformationen geben kann und die politischen Auseinandersetzungen im Kalten Krieg nachvollziehbar macht. Nach Möglichkeit sollten zudem Zeitzeug_innen zugegen sein. Bei der Premiere waren die Zeitzeug_innen Herbert und Ingrid Wils, Günter Bennhardt und Gerd Deumlich sowie der Regisseur Daniel Burkholz und der Publizist Dr. Rolf Gössner zugegen, seitdem wurde der Film bereits mehrfach gezeigt.

Den 200. Geburtstag von Moses Hess haben wir zum Anlass genommen, um gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, Paul Schäfer (MdB) und der Ratsfraktion DIE LINKE Bonn im Rahmen eines Festakts Leben und Werk von Moses Hess zu reflektieren. Auf dem Podium diskutierten Dr. Gregor Gysi, Andrej Hermlin und Prof. Dr. Mario Keßler, moderiert wurde von Dr. Luc Jochimsen.

Auch die linke Bewegungsgeschichte war Thema verschiedener Veranstaltungen, u.a. die linken Fabrikinterventionen in den 1970er Jahren oder die Konisierung Che Guevaras.

Engagierte Kunst

Auch die Auseinandersetzung mit engagierter Kunst und Kultur bleibt eine wichtige Themenlinie unseres Programms. So setzten wir uns historisch-kritisch mit Leben und Werken u.a. von Egon Erwin Kisch, Erich Mühsam, Ronald M. Schernikau und Marianne Brentzel auseinander.

Wir unterstützen die Reihe „Literatur im Vring“, die Autor_innen aus Köln u. Co. Im Gespräch mit Barbara Moritz und Hans Mörtter vorstellt. So lasen Werner Rügemer und Ilse Strambowski kapitalismuskritische Texte u.a. von Heinrich Heine, Rumjana Zacharievalas aus „Transitvisum fürs Leben“, einem Roman, der die Geschichte der jungen Mila erzählt, einer Migrantin aus Bulgarien, in den 70er Jahren, die schon auf dem Flughafen schockartig mit Wirtschaftswunder und Kapitalismus konfrontiert wird.

Monika Littau las aus „Die Buchela“, einem Biografie-Roman über die Sintizza Margarethe Goussanthier.

Das "Woody Guthrie Festivals Münster" zielte auf die Darstellung und Vernetzung von politischer Songkultur in Deutschland. Eingeladen waren Chöre, Bands und Liedermacher_innen, die entweder explizit politische Aussagen durch ihre Kunst transportieren und/oder mit ihrer Kunst die Aktionen der sozialen Bewegungen und der politischen Linken unterstützen. In begleitenden Diskussionsveranstaltungen wurden die Entstehung, die Verbreitungsbedingungen und die Wirkung politischer Songkultur reflektiert.

Über kulturpolitische Fragen diskutierten wir mit der Kunsthistorikerin Gisela Schirmer, so etwa über die Bedeutung des Realismus und die Geschichte der documenta. Bei Werner Seppmann stand der aktuelle Kunstbetrieb im Spannungsfeld

zwischen Engagement und Banalität im Fokus der Debatte (Was leistet die "Moderne Kunst?"). In Zusammenarbeit mit Fraktionen der LINKEN fragten wir in Aachen, ob und wie kommunale Kultur noch zu finanzieren sei, und nach der Zukunft der Oper in Köln. Die Debatten hin zu einem Kultursicherungs-gesetz im Lande stellten dabei den kulturpolitischen Hintergrund dar.

2.6. Zuwanderung / Migration

In Kooperation mit dem Bundesverband der Migrantinnen in Dortmund und Köln luden wir ein zu zweisprachigen Lesungen und Diskussion mit Pinar Selek („Zum Mann gehätschelt, zum Mann gedrillt“). Ebenfalls zweisprachig (türkisch – deutsch) realisierten wir gemeinsam mit dem Planerladen eine Lesung mit Hatice Meryem zu ihrem Buch "Hauptsache ein Ehemann" und knüpften damit an bisherige Kooperationen an.

Weitere Themen waren Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, und diverse Veranstaltungen zur kritischen Auseinandersetzung mit bundesdeutscher Asylpolitik und der Abschottung Europas.

In Kooperation mit agisra e.V. und dem Kölner Domforum luden wir zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Menschenhandel und Arbeitsausbeutung ein. Ein ausführlicher Bericht ist auf unserer Website einzusehen.

In Kooperation mit dem AStA der Universität Paderborn und dem Projektbereich Eine Welt luden wir zur Präsentation der ersten Publikation der englischsprachigen Reihe "Witnessed" ein. "The Little Book of Big Visions. HowtoBe an Artist and Revolutionize the World", die erste Publikation der englischsprachigen Reihe Witnessed, beantwortet die Fragen, wie wahrlich egalitäre Gemeinschaften und Gesellschaften aussehen könnten und welche Rolle Schwarze Kulturschaffende in der Verwirklichung solcher Visionen spielen. Dieses Buch, herausgegeben von Sandrine Micossé-Aikins und Sharon Dodua Otoo leistet einen Beitrag zu einem in Deutschland unterrepräsentierten Diskurs, indem es eine Diskussion der aktuellen Situation Schwarzer Kulturschaffender in Deutschland ermöglicht und einen Fokus darauf legt, wie zeitgenössische Schwarze Kulturschaffende in Deutschland Visionen von Chancengleichheit schaffen und kommunizieren.

In Bonn unterstützen wir den kabarettistischen Workshop „Edutainment Attacke“ mit Noah Sow und Mutlu Ergün, in dem etwa 200 Teilnehmende satirisch ihre eigenen rassistischen Denkmuster hinterfragen lernten.

2.7. Internationale Politik

Um die Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik zu fundieren, zu versachlichen und die Meinungsbildung zu befördern, setzten wir auch in 2012 auf fachkundige Information, im Idealfall von vor Ort. Zentrale Aspekte waren die Situation sozialer Bewegungen, weltwirtschaftliche Verflechtungen sowie Fragen von Krieg und Frieden. In der Regel wurden in diesem Kontext auch außenpolitische Fragen diskutiert, insbesondere, welche Verantwortung und welche Möglichkeiten der Einflussnahme seitens der Bundesrepublik bestehen, um sich für Entwicklung und nachhaltige Friedenslösungen einzusetzen.

Themen waren u.a. die Pressefreiheit in der Türkei sowie der türkisch-kurdische Konflikt und die Bedeutung der EU-Beitrittsverhandlungen, die Entwicklungen in Syrien und der Arabischen Welt, der Wandel in Venezuela, die Erfahrungen zapatistischer Frauen in Mexiko sowie die Situation in Mexiko nach den Wahlen, der Nahost-Konflikt, Chinas Weg zwischen Sozialismus und Kommunismus, die Situation politischer Aktivist_innen in Belarus, Feminizide in Mexiko (anlässlich des Tages gegen Gewalt gegen Frauen) usw.

Wir beschäftigten uns mit weltwirtschaftlichen Verflechtungen und diskutierten über Mikrokredite, neokolonialen Landraub und Ernährungssouveränität, Nahrungsmittelspekulation und mit Wolfgang F. Haug über „Chimerika“ (die Parallelen zwischen China und Amerika) und die große Krise.

An der Tagung „Transnationale Konzerne, Gewerkschaftliche Kämpfe und Internationale Solidarität - Internationale Tagung mit Fokus Kolumbien“, die von Basisinitiative Solidarität (BaSo) Deutschland, Multiwatch Schweiz und Sinaltrainal Kolumbien mit der Unterstützung einer Vielzahl von Initiativen und Solidaritätsgruppen durchgeführt und finanziell von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt gefördert wurde, beteiligten wir uns mit der Organisation und Finanzierung des Workshops: Prekäre Arbeitsverhältnisse- Leiharbeit, Fremdfirmen, Mindestlohn, moderiert von Kristofer Lengert. Ferner unterstützen wir die Nicaragua-Konferenz in Wuppertal, die Anspruch und Praxis von Solidarität heute und morgen reflektierte, anhand der Themen ländliche Entwicklung und Fairer Handel, Gewalt gegen Frauen, Agrosprit und nachhaltige Energieversorgung, Freihandelsabkommen und Wirtschaftspolitik.

14

2.7.a Empowerment-Strategien westafrikanischer Frauen

Wie ist die Situation von westafrikanischen Geflüchteten und ihren Familien im Herkunftsland und was kann daraus für den europäischen Diskurs über Migrationspolitik abgeleitet werden? Dieser Frage wollten wir auf den Grund gehen und luden in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland Pfalz und dem Auslandsbüro der Stiftung in Dakar Yayi Bayam Diouf Ende Oktober 2012 zu einer Vortragsrundreise nach Bonn, Koblenz, Köln, Mülheim und Bochum zum Thema Migration und Empowerment-Strategien westafrikanischer Frauen ein. Eine legale Einwanderung von Westafrika nach Europa ist kaum möglich und es sterben jedes Jahr tausende Menschen bei dem Versuch, auf dem Bootsweg nach Europa zu gelangen.

Auch Yayi Bayam Diouf aus Thiaroye verlor so ihren Sohn, der senegalesische Flüchtling mit seinem Boot bei der Reise auf die Kanaren helfen wollte – und dabei ertrank. Aufgrund der großen Armut und der Perspektivlosigkeit, die in den meisten afrikanischen Gesellschaften herrscht, begeben sich jedes Jahr etliche Menschen, überwiegend junge Männer, auf diese gefährliche Reise. Vorstellungen von Status und Ehre spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Gelingt einem jungen Mann die Auswanderung und hat er das Glück in Europa Arbeit zu finden, so kann er durch Rücküberweisungen an seine Familie diese im Heimatland ernähren und das Ansehen seiner Familie steigern. Gelingt es ihm jedoch nicht, so wird in den meisten Fällen seine Mutter für die missliche Lage der Familie verantwortlich gemacht und gesellschaftlich diskreditiert. Gründe für diese Diskriminierung liegen in der patriarchal organisierten Gesellschaftsform und der daraus resultierenden

benachteiligten Stellung der Frauen, die durch die weit verbreitete Polygamie im Senegal noch verstärkt wird. Dies führt aber auch dazu, dass sich die Formen der Abhängigkeit von Migration stetig fortsetzen.

Anstatt sich ihrem vermeintlichen Schicksal zu ergeben, gründete YayiBayam Diouf kurze Zeit nach dem Tod ihres Sohnes die Organisation COFLEC (Collectif des Femmes pour la lutte contre l'émigration clandestine au Sénégal), einen Zusammenschluss von Frauen zum Kampf gegen die illegale Auswanderung. Dieser Ansatz ist nicht mit einer Verhinderung von Auswanderung schlechthin zu verwechseln, denn im Gegensatz zu rechten Politiker_innen in Europa ist Diouf sehr wohl an Migration gen Europa interessiert. Ihr geht es vielmehr darum, die Ursachen vor Ort anzugehen. Da die illegale Migration die Gesellschaft mehr und mehr zerstört und häufig mehr Armut erzeugt als beseitigt, stellt sie ihr einen progressiven und zukunftsfähigen Ansatz entgegen.

Wenn die Frauen bei COFLEC Mitglied werden, arbeiten sie nicht mehr dafür, die Flucht ihres bestausgebildetsten Sohnes zu finanzieren. Sie zahlen ihr Eingespartes an die Organisation und schaffen damit Perspektiven: COFLEC hat eine Schule gegründet, an der ausnahmsweise mehr Mädchen als Jungen unterrichtet werden, hat Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Frauen im handwerklichen Bereich geschaffen. Außerdem wird viel Aufklärungsarbeit geleistet. Denn ein Weg der Flucht auf den winzigen Fischereibooten eine Alternative entgegenzustellen, ist den Mythos vom schnellen Geld und Luxus in Europa zu entkräften.

YayiBayam Diouf selber war mehrere Male in Europa und kennt die Realität der Migrant_innen die es „geschafft haben“: Sie leben oftmals unter prekären Bedingungen und haben mit gewaltigen Problemen zu kämpfen. Währenddessen erwarten die zurückgelassenen Familien Unterhaltszahlungen von ihnen. Zudem sind sie häufig Rassismus und ständig drohender Abschiebung ausgesetzt.

15

Eine direkte Bedrohung für die Lebensperspektiven im Senegal stellt auch die EU selbst dar. Durch Fischereiabkommen mit den westafrikanischen Staaten wird den einheimischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Auf die Nachfrage, welche Rolle Frontex bei der Eindämmung von „illegaler“ Migration spielt, wusste YayiBayam Diouf zu antworten: Das Geld, das für Frontex und die Abschottungspolitik verschwendet wird, sollte lieber für die Ausweitung der Möglichkeiten von legaler Migration und für die Schaffung von Perspektiven in Westafrika eingesetzt werden. Zum Beweis für die Willkür der Einreisebehörden zückt Frau Diouf ihren Reisepass mit zahlreichen Visa: Warum hat man ihr vor Kurzem die Einreise nach Frankreich nicht erteilt, obwohl sie zuvor auf Einladung von Ségolène Royal problemlos einreisen konnte?

2.7.b 20 Jahre Europäische Sicherheitspolitik

Des Weiteren waren sicherheitspolitische Fragen wie die Perspektiven der Bundeswehr als Freiwilligenarmee und die Bedeutung des Waffenhandels Themen unserer Veranstaltungen. Wir beteiligten uns mit einem Workshop an der Konferenz „Friedenskultur.2012“.

Gemeinsam mit dem Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung luden wir zum Seminar „20 Jahre Europäische Sicherheitspolitik – Perspektiven für die deutsche

Friedensbewegung?“ Aktivist_innen der Friedensbewegung und Interessierte nach Brüssel ein.

In Fachvorträgen erfuhren die Teilnehmer_innen verschiedene Aspekte der Sicherheitspolitik der EU: Über ihre Rolle bezüglich der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, über die Zusammenführung von zivilen und militärischen Aktivitäten in EU-Missionen und über die demokratischen Defizite der EU-Sicherheitspolitik. Anhand dieser und anderer brisanter Fragen wurde Bilanz gezogen: Welche Richtung hat die europäische Sicherheitspolitik in den letzten 20 Jahren genommen?

Seit dem ersten Ostermarsch im Jahr 1960 und dem Höhepunkt der Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss 1983 hat sich für die deutsche Friedensbewegung einiges verändert. War es damals vor allem der Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen, der die Bewegung prägte, sind es heute Debatten um weltweite humanitäre Interventionen, um den „Krieg gegen den Terror“ und vieles mehr.

Eine dieser Debatten betrifft die Zukunft internationaler Sicherheitsinstitutionen, und insbesondere die sicherheitspolitische Rolle der Europäischen Union: Seit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Maastrichter Verträge hat die EU ihre sicherheitspolitische Kompetenz stetig ausformuliert. In der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Europäischen Sicherheitsstrategie wurden Bedrohungen definiert, Institutionen geschaffen und eigene Missionen ins Leben gerufen. Obgleich die Sicherheitspolitik der EU weiterhin im Schatten der NATO steht, ist sie für Friedensaktivist_innen in ganz Europa zu einem zentralen Bezugspunkt geworden.

Erster Programmpunkt war die Eröffnung der Ausstellung „Friedensplakate aus dem Ruhrgebiet 1950 bis 2010“ im Europaparlament. Mit den LINKEN-Abgeordneten Jürgen Klute und Lothar Bisky waren gleich zwei Europa-Parlamentarier anwesend. Die beeindruckende Sammlung von Udo Achten fand sehr großes Publikumsinteresse, da auch der Ausstellungsort sehr prominent gewählt worden war. Die angehängten Fotos können nur einen kleinen Einblick über die „erzählte Geschichte“ der Friedensbewegung ab 1950 geben. Unter den Teilnehmenden waren auch Friedensaktivist_innen der ersten Stunde, die sich an viele der gezeigten Plakate erinnerten und mit den Besucher_innen diskutierten.

Unter dem Titel „Die Friedensbewegung in Europa: Was wurde erreicht, was bleibt zu tun?“ stellten Rainer Braun (Kooperation für den Frieden) und Christine Hoffmann (Pax Christi) Aspekte der europäischen und deutschen Friedensbewegung vor. Für viele Teilnehmende war besonders der Ansatz und die Tätigkeit von „Pax Christi“ neu; in einer lebhaften und kritischen Diskussion wurden verschiedene Ansatzpunkte friedenspolitischer Arbeit erörtert.

„Die EU und der Kampf gegen Atomwaffen“ war der Beitrag von Paul Lanson, ebenfalls von Pax Christi. Neben einem historischen Abriss konnte Lanson eindrucksvoll den internationalen Kampf gegen Atomwaffen darstellen.

Zusammengefasst wurden die Seminarpunkte „Zivilmilitärische Zusammenarbeit in EU-Missionen“ und „Demokratische Defizite der EU-Sicherheitspolitik“. Der Referent Andreas Tembinski (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSKF) stellte den Teilnehmenden den wenig beachteten Aspekt der zivil-militärischen

Zusammenarbeit in Europa vor. Durch die vertretenen Positionen erreichte die anschließende Diskussion eine hohe Kontroversität.

In der den Tag abschließenden Diskussion „Bilanz nach 20 Jahren europäischer Sicherheitspolitik“ wurden die einzelnen Positionen zusammengefasst und gewürdigt. Besonders bemerkenswert war die kontroverse Diskussion mit dem Referenten der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, der viele Teilnehmer_innenauch noch über die Abschlussdiskussion hinaus beim Abendessen begleitete.

In der Abschlussrunde „Die EU als Bezugspunkt eigener friedenspolitischer Aktivitäten“ wurde der Bogen zur deutschen Friedensbewegung gespannt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, welche Aspekte der europäischen Sicherheitspolitik besonders relevant für die heutige Friedensbewegung sind und wie diese in eigenen friedenspolitische Aktivitäten berücksichtigt werden können.

2.8. Globalisierung – Marktwirtschaft – Sozialpolitik

Einen weiteren deutlichen Schwerpunkt bildeten auch in 2012 Veranstaltungen zu wirtschaftstheoretischen und –politischen Fragen.

Die Teilnehmenden analysierten unterschiedliche Deutungsangebote zu Ursachen und Auswirkungen der Finanzkrise und erweiterten bzw. vertieften ihr Verständnis ökonomischer Zusammenhänge und Wirkmechanismen, setzten sich kritisch mit verschiedenen Konzepten der Krisenbewältigung und alternativer Wirtschaftsweisen auseinander und lernten divergierende wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte kennen und entwickelten Kriterien zu ihrer Bewertung (Beispiele: Nachhaltigkeit und langfristige Effekte, Machbarkeit, sozialpolitische Implikationen...).

Themen waren u.a. die Krise Europas (Ursachen, Folgen, Lösungen), Postwachstum, Bürgerarbeit, die Geschichte der HartzIV-Gesetze, 30 Jahre Lambsdorff-Papier, Wem gehört die Gesundheit?, Kämpfe um Zeit, Gesichter der Armut, das Leben auf der Straße, wachsende Ungleichheit in Deutschland, Perspektiven von Occupy-Bewegung und UmFAIRteilen.

Zum Thema „Wege aus der Euro-Krise“ konnten wir Heiner Flassbeck als Diskussionspartner gewinnen. Die Veranstaltungen in Paderborn und Düsseldorf (am 06. und 07.03.2012) waren mit jeweils ca. 200 Zuhörer_innen sehr gut besucht. Heiner Flassbeck skizzierte Ursachen und Verlauf der Finanzkrise. Dabei stellte er auch weitverbreitete Ansichten in Frage: Der jetzige Chefvolkswirt der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) und frühere Staatssekretär im Bundesfinanzministerium von Oskar Lafontaine erläuterte seine Sichtweise, wieso Griechenland sehr viel weniger Verursacher der Krise sei als Deutschland. Schließlich zeigte Flassbeck Lösungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen auf, die rege diskutiert wurden.

Zusammen mit der FAU/ IAA Bonn realisierten wir eine mehrteilige Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Nicht die Krise kriegen“ zu beispielhaften Initiativen alternativen Wirtschaftens wie dem Mietsyndikat, der Kommune Niederkaufungen und anderen Projekten sozialer Ökonomie und Selbstverwaltung.

2.8.a Konferenz «Europa neu begründen»

«Europa neu begründen» – dieser Aufruf fast aller Vorsitzenden der DGB-Einzelgewerkschaften will dem Widerstand gegen die zerstörerische Austeritätspolitik der europäischen Regierungen eine positive Wendung geben. Unter diesem Titel veranstalteten wir gemeinsam mit dem DGB Nordrhein-Westfalen, den Initiatorinnen und Initiatoren des Aufrufs sowie dem AStA der Universität Duisburg-Essen eine Konferenz, zu der rund 250 Menschen am 17. November 2012 in die Aula der Essener Universität zusammenkamen. Neben Studierenden nahmen auch viele Gewerkschaftsmitglieder teil.

Der emeritierte Sozialphilosoph Oskar Negt richtete den Blick über das aktuelle Schuldenmanagement hinaus und wies auf die Gefahren hin, die aus der europäischen Krise für soziale Beziehungen, für Bildung und Kultur erwachsen. Statt Rettungsschirmen für die Banken brauche man Rettungsschirme für die Bildung, für eine Jugend, deren Perspektive durch die Deregulierungspolitik bedroht werde. Er beschwor die „realistische Utopie“ eines gemeinsamen europäischen Lernprozesses. Aus Griechenland berichtete Theodoros Paraskevopoulos über neue Formen praktischer Gegenwehr: über Tauschbörsen, Kranken- und Pflegeleistungen in solidarischer Hilfe. Der Autor und Literaturwissenschaftler Raul Zelik machte nicht nur in Spanien neue soziale Bewegungen jenseits etablierter Parteien und Gewerkschaften aus, die «Europa gegen die EU verteidigen». Und das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban hoffte, dass sich die Gewerkschaften neuen sozialen Bewegungen öffnen und über normative Gegenkonzepte zum Merkel'schen Europa diskutieren werden. Diese von der Stiftung initiierte Konferenz war ein Schritt auf diesem Weg.

18

2.9. Klimawandel und Entwicklung – lokale und globale Handlungsperspektiven

Die Veranstaltungen zum Themenbereich lassen sich zu zwei Schwerpunkten zuordnen:

- a) Energiepolitik nach Fukushima: Die Energiewende
- b) Umwelt- und Klimapolitik als Anfragen an eine sozial-ökologische Transformation.

a) Energiepolitik nach Fukushima: Die Energiewende

Die Zäsur in der Atomfrage nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima und die darauf folgende Wende in der Energiepolitik der Bundesrepublik mit einem beschleunigten Atomausstieg und hin zu den Erneuerbaren Energien spiegelt sich als Facetten eines Gesamtzusammenhangs in den Veranstaltungen.

Mit der zweitägigen Konferenz „Solidarisch und solar. Linke Perspektiven zur Europäischen Energiepolitik“ galt es eine Standortbestimmung linker Energiepolitik unter europäischen Vorzeichen zu versuchen. Dabei wurde deutlich, dass die Energiewende als Begriff einen langen Weg seit den 1980er Jahren hinter sich gelegt hat und wesentlich von Autor_innen rund um das Freiburger Öko-Institut inspiriert worden ist. Als Kernelemente dieser „grünen“ Energiewende sind der Ausstieg aus der Atomenergie, der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Auseinandersetzung mit der Wachstumsfrage und die Dezentralisierung der

Energieversorgung hin zu angepassten regionalen Konzepten, mit den Stadtwerken als zentralen Akteuren zu verstehen.

Linke Energiepolitik nimmt diese Aspekte positiv auf und fokussiert stärker auf Fragen des Eigentums und der Verfügung über die Energieressourcen sowie auf die Akteure, die diese gewaltige Transformation bewältigen sollen. Denn es gilt mit dem Ausgang des fossil-nuklearen Kapitalismus die dominierenden Konzernstrukturen und machtbasierte Großtechnologien zu bekämpfen, um eine alternative Systemlogik möglich zu machen und Gerechtigkeitsfragen national wie im Nord-Süd-Kontext zu ermöglichen.

Sachlich impliziert dies die Aufwertung der öffentlichen Hand für die notwendige Restrukturierung der Rahmenbedingungen der Energieproduktion- und -reproduktion. Die abstrakte Gegenüberstellung von Markt und Staat wird angesichts der anstehenden Herausforderungen in den Bereichen Kraftwerke, Produktion, Netze und Speicher immer mehr als obsolet erkennbar und dient nur dem verzweifelten Versuch der eingerichteten Interessen Zeit zu gewinnen und ihre Position durch Desavouierung einer revolutionären Idee zu retten.

Die Konferenz diente dazu auf europäischer Ebene linke Positionen zu identifizieren und den Versuch zu unternehmen sich zu den Kriterien: ökologisch nachhaltig und zukunftsfähig, antimonopolistisch, fehlerfreundlich, demokratisch kontrollierbar und gerechtigkeitsbasiert zu verständigen. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden, denn die Begrifflichkeiten und Leitvorstellungen der deutschen Diskussion sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht mehrheitsfähig und auch nicht selbstverständlich mit Kräften der politischen europäischen Linken zu vereinbaren. So wird schon bei der Diskussion der Themen Atomkraft und Dezentralisierung der künftigen Energieversorgung die Bandbreite der divergierenden Positionen deutlich. So beginnt etwa die französische Linke sich nur ganz langsam von der Position des „toutnucleaire“ zu entfernen und die Kritik am geplanten polnischen Atomprogramm muss sehr vorsichtig vorgetragen werden, um nicht als deutsche Machtattitüde auf Ablehnung zu stoßen.

19

So gewinnt der Erfahrungsaustausch über Grenzen hinweg immer größere Bedeutung um Umwelt- und Energiethemen angemessen thematisieren zu können und Betroffenheit entlang von ökonomischen Zusammenhängen deutlich werden zu lassen. Am Beispiel der Städte Gronau mit der Anreicherungsanlage für Uran und der Lagerung von Atommüll aus dieser Anlage in Angarsk (Baikalsee), werden auch den Beteiligten in NRW die höchst problematischen Zusammenhänge klar. In Gesprächen mit Bürgermeister und Stadtverwaltung in Gronau, dem umweltpolitischen Sprecher der Grünen und der Fraktion der Piraten im Landtag konnten Umweltaktivist_innen aus Belarus und Russland die Missstände in ihren Regionen und ihr Anliegen deutlich machen, keinen weiteren Atommüll nach Osteuropa zu exportieren.

Auf der Ebene der Landespolitik galt es in einer Expert_innenanhörung mit der noch existierenden Fraktion DIE LINKE im Landtag die „Energiewende in NRW – als zentrale Herausforderung für die Landespolitik“ zu diskutieren. Die Orientierung vieler Kommunen und ihrer Stadtwerke im Lande hin zu einer aktiven Neubestimmung ihrer Rolle als energiepolitischer Akteur wird als Rekommunalisierung bezeichnet. Dies ist landes- und industriepolitisch von großer

Bedeutung und ein zentraler Baustein der Energiewende. Der Erwerb des fünftgrößten Stromproduzenten in Deutschland durch 7 Stadtwerke im Ruhrgebiet wurde durch eine Studie zur „Perspektive der STEAG als rekommunalisiertes Unternehmen und seiner Rolle im Kontext der Energiewende“ nachvollzogen und durch Workshops analysiert. Angesichts des zu vollziehenden Wandels hin zu kohlenstoffarmen Technologien stellt der überalterte Steinkohle-Kraftwerkspark der STEAG im Inland schwerlich eine sinnvolle Brücke hin zu den Erneuerbaren Energien dar.

Weitere Themen im Kontext waren „Energiewende und Klimaschutz: die Rekommunalisierung und die Rolle der Stromnetze“ sowie aus der Perspektive der Düsseldorfer Kommunalpolitik: Stadt unter Strom – Forum für sozial-ökologische Stadtentwicklung“. Hier konnten Initiativen, Vereinigungen, Bewegungen und engagierte Einzelpersonen gemeinsam mit den gewählten Mandatsträger_innen Fragen nach ökologischer Stadtpolitik und den sozialen Lebensbedingungen stellen. Gerade die Vereinbarkeit von ökologischen und sozial-solidarischen Gesichtspunkten wird für das Gelingen der Energiewende zur zentralen Herausforderung werden.

b) Umwelt- und Klimapolitik als Anfragen an eine sozial-ökologische Transformation

Eine Fortschreibung der bisherigen Politiken des Wirtschaftens und des Konsums verbietet sich nicht zuletzt aus Gründen der Übernutzung endlicher Ressourcen und des sich zuspitzenden Klimawandels, mit gravierenden Folgen vor allem für den Globalen Süden. Der Kampf für das Menschenrecht auf Wasser und das Verständnis von Wasser als Gut statt als Ware verbindet die Menschen im Norden und Süden. Im Seminar „Wasser: Das blaue Gold – kostbares Gut oder Ware“ ging es drei Monate nach Rio + 20 um die Umsetzung von globalem Denken und lokalem Handeln, den Austausch von Erfahrungen und die Darstellung und Entwicklung von konkreten Umsetzungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.

Neben der Beschäftigung mit der Wasserversorgung in Deutschland und dem Widerstand gegen die Privatisierung von Wasser wurde als konkrete Handlungsmöglichkeit das Europäische Bürgerbegehren „Wasser ist ein Menschenrecht“ vorgestellt, denn rund eine Milliarde Menschen weltweit hat keinen Zugang zu sauberem Wasser. Diese erste Europäische Bürgerinitiative will das ändern und hat mit der Kampagne „Wasser ist ein Menschenrecht“ bis April 2012 Unterschriften gesammelt. Ziel ist es, Druck auf die EU-Kommission auszuüben, um Wasser und sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht zu realisieren und umzusetzen. Mehr als 1,5 Millionen Europäer_innen haben keinen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung. In Deutschland wird das Bürgerbegehren von zahlreichen Initiativen und Organisationen wie Attac, BBU, BUND, Forum Umwelt und Entwicklung und EcoMujer unterstützt.

Spannende Methoden die ökologischen Grenzen zu vermitteln sind der Ökologische Fußabdruck und der Rucksack aus CO₂ den jede/r mit sich herumträgt beziehungsweise verursacht. Gerade im globalen Kontext muss deutlich werden, wie „schwer“ die individuellen und gesellschaftlichen Konsumstrategien und Lebensweisen die Umwelt belasten. Unter dem Aspekt der globalen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit wird deutlich, welche Suffizienz-Schritte der industrialisierte Norden und seine Bewohner_innen noch vor sich haben.

Diese Fragen wurden in den Veranstaltungen „Ökologischer Fußabdruck und sozial-ökologische Umgestaltung“ sowie „Postwachstum, Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte“ behandelt. Hinzu kommen wirtschaftstheoretische Aspekte der Machbarkeit einer solidarischen Postwachstumsökonomie. Welche sozialen Sicherungssysteme braucht es und wie muss umverteilt werden, damit die Mehrheit nicht verarmt?

In den Ländern des Südens gilt es aber natürlich zuallererst das Überleben der Menschen zu garantieren. Die Sicherstellung der Ernährung und die Bekämpfung des Hungers stehen damit in engem Zusammenhang zu Fragen der Rohstoffpolitik, der Landnutzung und der Agrarmärkte, den Themen der folgenden Seminare: „Umweltschutz von der Tankstelle – Globale Perspektiven der nachwachsenden Rohstoffe“, „Neokolonialer Landraub und die Ernährungssouveränität“ und „Klimawandel und Adaptionsstrategien in Bangladesch – Was hat die deutsche Agrarpolitik damit zu tun?“

3. Publikationen /Film-Projekte

- Charles David Thompson: The Remscheid Workers Movement from 1914 to 1945. Übersetzungerscheint im Jahr 2013
- RLS-NRW und Gen-ethisches Netzwerk (Hrsg.): Netzwerke, Unternehmen und Interessen und individualisierte Medizin. Broschüre/ Bildungsmaterial, erscheint im Jahr 2013
- RLS und andere (Hrsg.): Die Energiewende ökologisch und sozial gestalten (Arbeitstitel). Unterrichtsmaterialien, erscheint im Jahr 2013
- kommunalpolitisches forumnrw, RLS-NRW, Fraktionen DIE LINKE Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund (Hrsg.), Autoren: Prof. Dr. Heinz Bontrup und Prof. Dr. Ralf Marquardt: Perspektiven der STEAG GmbH als kommunales Energieunternehmen im Kontext der Energiewende, Juni 2012
- Daniel Burkholz: Verboten –verfolgt –vergessen. Dokumentarfilm, DVD im Herbst 2012

21

4. Weiterentwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit

In 2012 haben wir mit unseren Clubs und ständigen Kooperationspartner_innen die Bedeutung unseres Programmflyers bilanziert und seine Einstellung beschlossen. Stattdessen setzen wir stärker auf die lokale Öffentlichkeitsarbeit unserer Partner_innen vor Ort, die entsprechend den lokalen Begebenheiten teilweise mit eigenen Programmflyern, Einladungskarten und Plakaten werben, Webseiten unterhalten, Mailingaktionen durchführen usw..

Ferner haben wir ein Image-Material erstellt, das die Arbeit und das Selbstverständnis der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW darstellt und eine Postkarte zum Abtrennen enthält, mit der sich einfach der elektronische Newsletter abonnieren lässt.

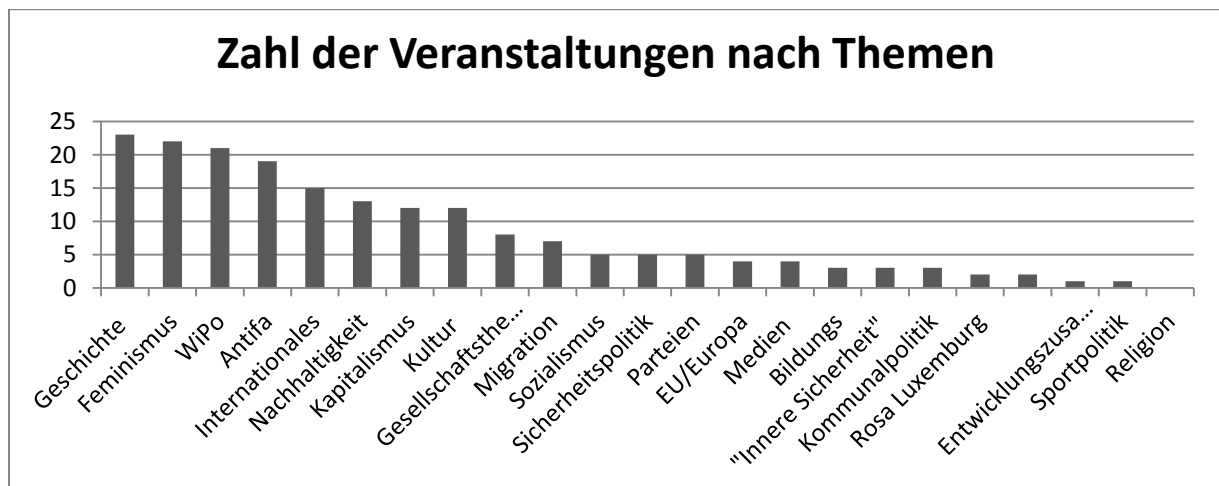
Der elektronische Newsletter wird ca. alle zwei Wochen verschickt. Nahezu täglich posten wir Informationen auf unserer Facebook-Seite.

In unregelmäßigen Abständen stellen wir Video-Dokumentationen auf unserer Website und unserem Youtube-Chanel ein. Generell wollen wir noch stärker auf eine nachhaltige Dokumentation unserer Veranstaltungen setzen und die dafür notwendigen Kosten entsprechend budgetieren.

5. Statistik

5.1. Themen und Formate

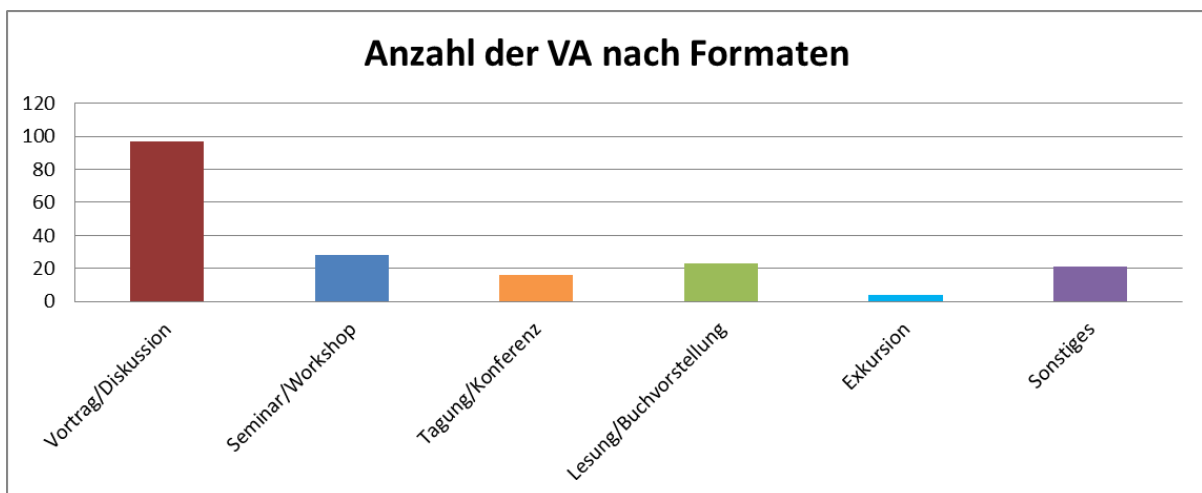
Die Auszählung der Veranstaltungen gemäß der Themen, wie sie von der Bundesstiftung formuliert werden, weist die Bereiche Geschichte, Feminismus (bzw. Geschlechterverhältnisse), Wirtschaftspolitik (WiPo), Antifaschismus und Internationales als deutliche Schwerpunkte aus. Zu Bedenken ist jedoch, dass diese Zuordnung nicht immer eindeutig zu treffen ist. So lässt sich die Veranstaltung „Feminismus in Ägypten und Iran“ sowohl dem Bereich Feminismus als auch Internationales zuordnen, der Lesekurs zu Simone de Beauvoir könnte unter Feminismus ebenso gut gefasst werden wie unter Theorie. Die Themenfelder Wirtschaftspolitik, Kapitalismus und Theorien liegen sehr nah beieinander, wenn es z.B. in einer Veranstaltung um marxistische Analysen der Finanzkrise geht. Auch in den Bereichen Antifaschismus und Migration fällt die eindeutige Zuordnung schwer, wenn es bspw. um die Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus geht. Veranstaltungen zum Widerstand gegen den deutschen Faschismus passen sowohl zu Antifaschismus wie zu Geschichte. Nichtsdestotrotz vermittelt diese Übersicht einen Eindruck vom Gewicht bestimmter Fragestellungen bei unseren Veranstaltungen.



Der Vergleich mit den Teilnehmezahlen bei Veranstaltungen in den einzelnen Themenfeldern zeigt, dass die oben genannten Themengebiete zugleich auch die meisten Teilnehmer_innen mobilisieren.

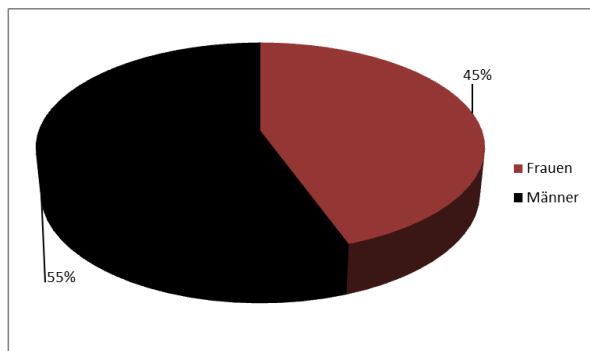
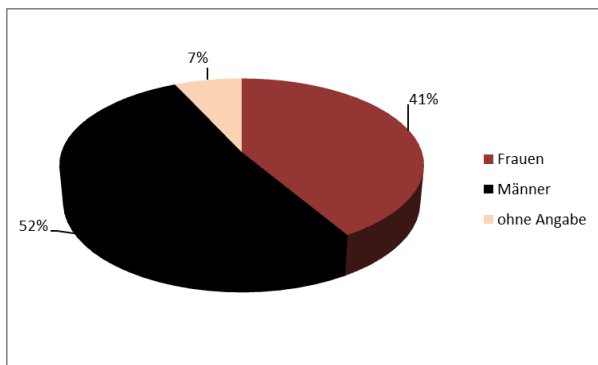


Wie schon in den Vorjahren erweist sich das Format „Vortrag und Diskussion“ nach wie vor als deutlicher Favorit. Der hohe Anteil „sonstiger“ Formate umfasst vor allem Theater- und Filmvorführungen mit anschließender Diskussion.

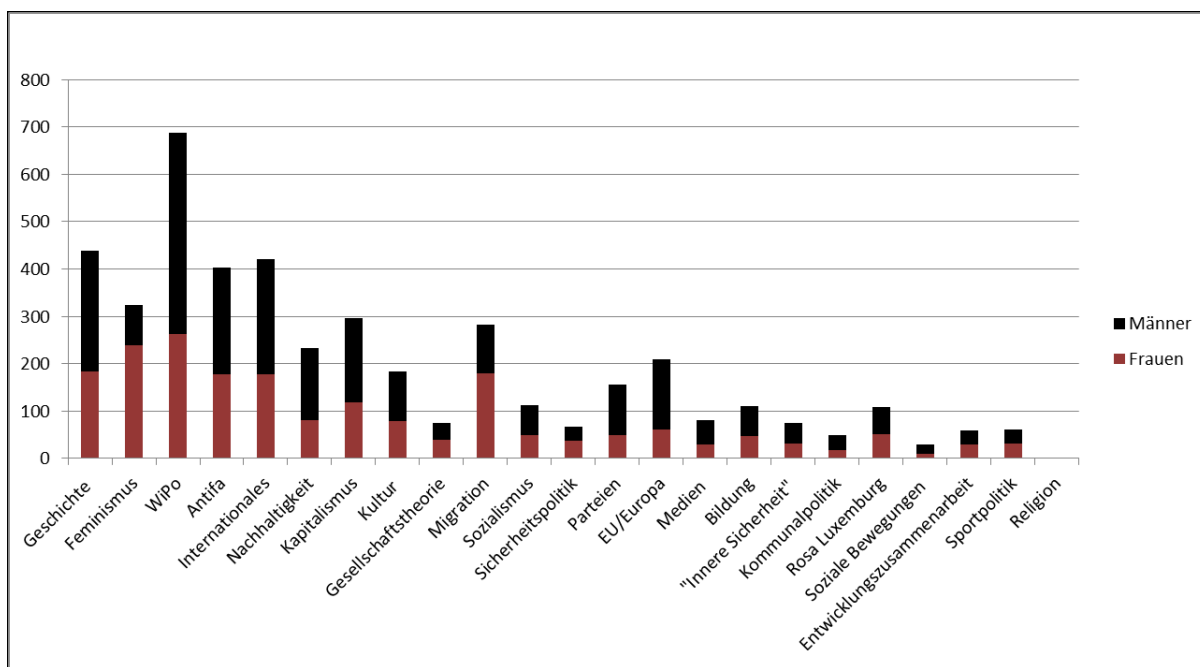


5.2. Geschlechterverhältnis

Ohne Berücksichtigung der Teilnehmenden „ohne Angaben“ zeigt sich auch in 2012 erfreulicherweise eine deutliche Verbesserung bezüglich des Geschlechterverhältnisses: Demnach waren 45 % unserer Teilnehmenden in 2012 Frauen, im Vorjahr 39 %.

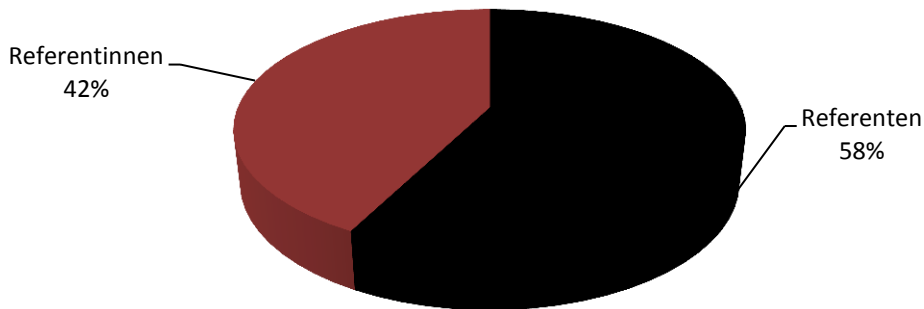


Das Geschlechterverhältnis unter den Teilnehmenden in den einzelnen Themenfeldern stellt sich wie folgt dar:



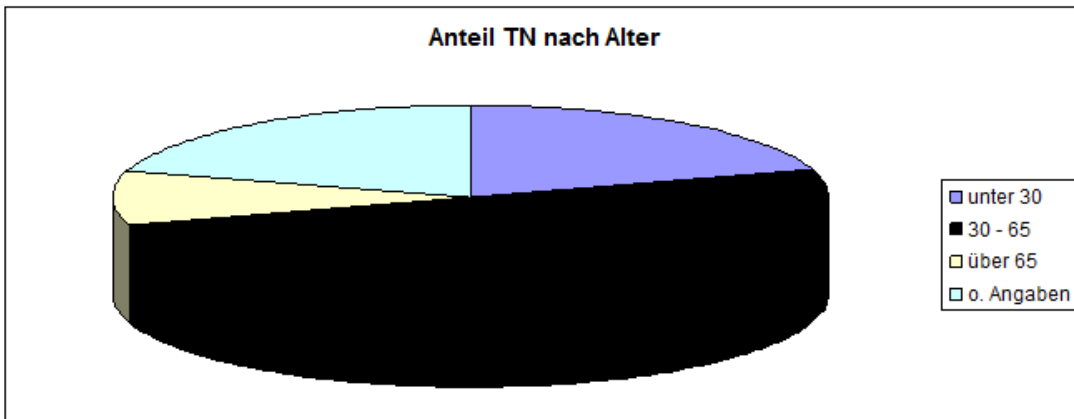
Von 39 % im Vorjahr auf 42 % in 2012 hat sich der Anteil von Frauen bei den Referent_innen unserer Veranstaltungen um 3 % erhöht. Nach wie vor erfahren wir zu Recht Kritik aus unserer Mitgliedschaft und von Teilnehmenden unserer Veranstaltungen, wenn Frauen auf Podien und bei landesweiten Veranstaltungen unterrepräsentiert sind. Sensibilisierungs-, Beratungs- und Handlungsbedarf zur Erhöhung des Frauenanteils bestehen also nach wie vor.

Verteilung der Referent_innen nach Geschlecht 2012

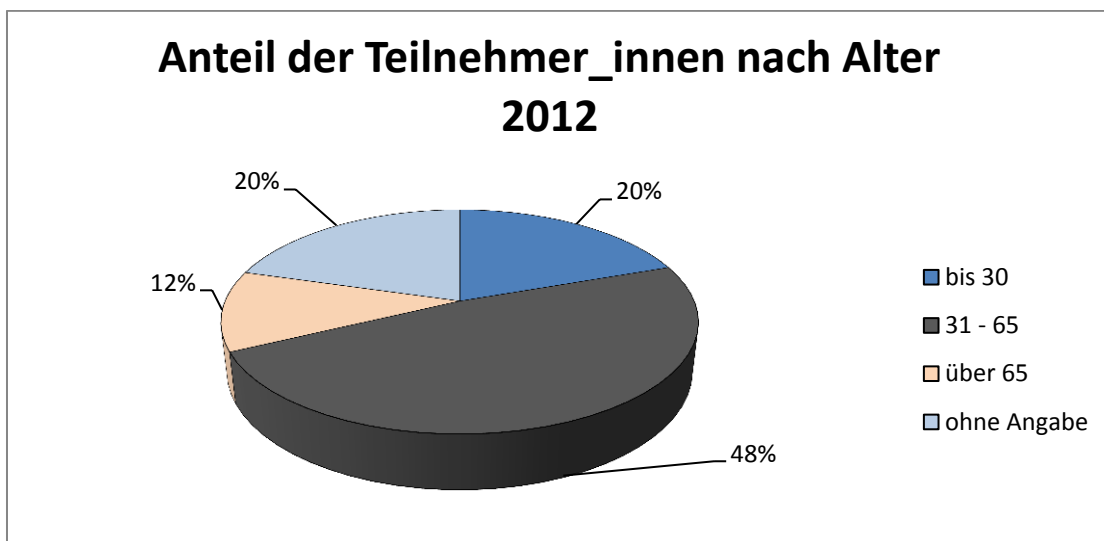


5.3. Altersstruktur

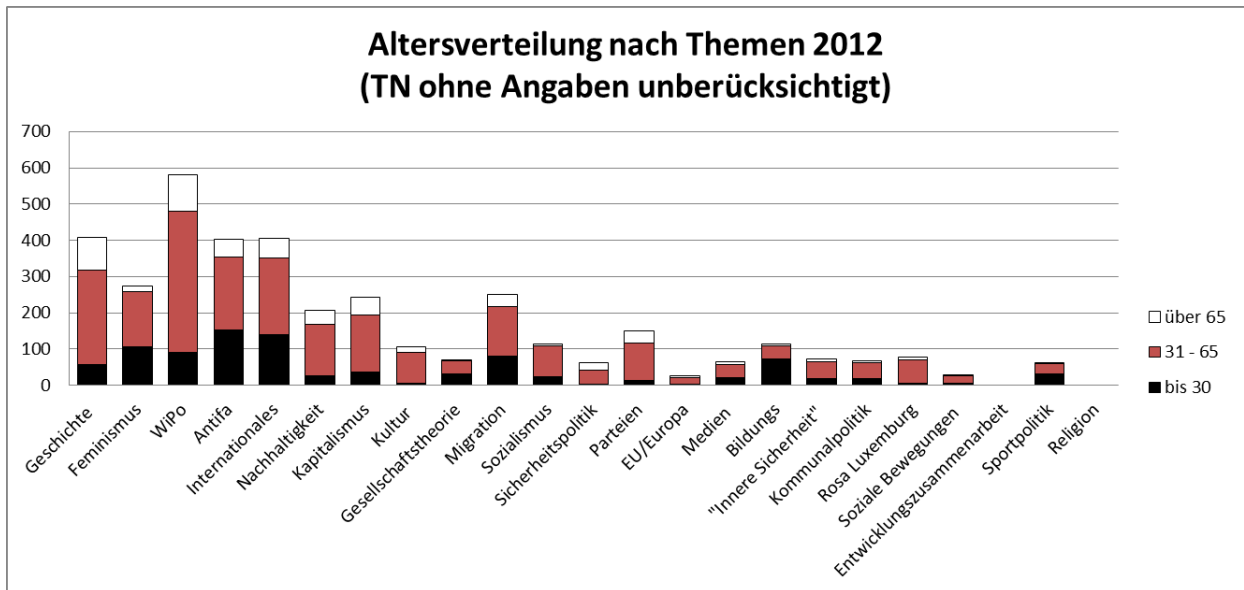
Bezüglich des Alters unserer Teilnehmenden ergab sich für 2011 folgendes Bild:



Für 2012 stellt sich die Altersstruktur unserer Teilnehmer_innen wie folgt dar:



Auf besonderes Interesse der unter 30-Jährigen stoßen anscheinend die Themen Antifaschismus, Internationales und Feminismus/ Geschlechterverhältnisse. Die Erfahrung zeigt aber, dass Formate, Kooperationspartner_innen, jugendgerechte Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsorte nicht minder relevant sind.



Karl-Heinz Heinemann
Vorstandsvorsitzender

Duisburg, den 11.4.2013